**Anlage 1**

(zu den Nummern 6.2, 7.1.1, 7.1.2 Buchstabe d und 8)

**Antrag**

**auf Gewährung von Zuwendungen für Investitionen**

**zur Verbesserung des**

 **Schienenpersonennahverkehrs**

**im Land Mecklenburg-Vorpommern**

**(Investive Schienenpersonennahverkehrsförderrichtlinie -**

 **(InvestSPNVFöRL M-V)**

Antragsteller: (Name und Datum:……………………..

Anschrift – Straße u. PLZ, Ort-)

……………………………..

Hauptsitz in Mecklenburg-Vorpommern:

[ ]  ja

[ ]  nein

Kreis:

………………………………………….

Bearbeiter/Ansprechpartner/Kontakt:

…………………………………..

An die Bewilligungsbehörde:

Betreff:

(Bezeichnung des Vorhabens)

Ich/Wir beantrage(n) zur Durchführung des vorgenannten Vorhabens den Bedarf an einer Zuwendung für Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr im Land Mecklenburg-Vorpommern.

1. Das Vorhaben soll im Haushaltsjahr 20…….. – in den Haushaltsjahren 20…... bis 20…... -\*) nach den beiliegenden Unterlagen durchgeführt werden. Mit der Durchführung des Vorhabens ist noch nicht begonnen worden.

2. Die Gesamtausgaben betragen: EUR

 davon zuwendungsfähige Ausgaben: EUR

 davon nicht zuwendungsfähige Ausgaben: EUR

* 1. Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

a) Zuwendungen des Landes gemäß der InvestSPNVFöRL M-V

b) Beiträge Dritter: EUR

c) Eigenmittel des Antragstellers: EUR

 davon zuwendungsfähige Ausgaben: EUR

 davon nicht zuwendungsfähige Ausgaben: EUR

3. Von den voraussichtlich zuwendungsfähigen Gesamtausgaben

 beantrage(n) ich/wir

 3.1 einen Teilbetrag für das Haushaltsjahr 20….... ……………………….… EUR

 3.2 einen Förderteilbetrag für das Haushaltsjahr 20…... in Höhe von …………………………. EUR

 (bis zu ……Prozent von Nummer 3.1.)

4. Für das Vorhaben werden in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich benötigt
 (Angaben in EUR):

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Haushaltsjahr | Gesamtbetrag | Zuwendungsfähige Ausgaben | Zuwendungsbetrag(bis zu ……...Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben) |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |

5. Für die Baudurchführung, die Mittelbewirtschaftung und den Verwendungsnachweis zuständige Behörde/Stelle (des Antragstellers):

6. Zuständige Kasse:

 IBAN:

 BIC:

7. Im Einzelnen sind folgende Unterlagen beigefügt:

1. Erläuterungsbericht
2. Übersichtsplan/Lageplan des Vorhabens
3. Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens
4. Ausgabenschätzung
5. Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben (Anlage 2)
6. Erklärungen (siehe Nummer 8)
7. Zeitplan
8. Aussage zum Grunderwerb

8. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, dass:

- ihm die InvestSPNVFöRL M-V bekannt ist und er diese anerkennt,

- das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringend
erforderlich ist und die Ziele der Raumordnung berücksichtigt,

- das Vorhaben mit städtebaulichen Maßnahmen abgestimmt ist, soweit ein Zusammenhang besteht,

- das Vorhaben bau- und verkehrstechnisch einwandfrei und unter Beachtung des Grundsatzes der
Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant ist und durchgeführt wird,

- er sich verpflichtet, innerhalb der Zweckbindungsdauer für die öffentlich geförderte Maßnahme jede
Veräußerung, Verpachtung, Vermietung oder Zweckentfremdung der Bewilligungsbehörde anzeigt
und deren Weisung Folge zu leistet.
Eine Zweckentfremdung liegt bereits vor, wenn sich der Anrechnungsfaktor um mehr als 15 Prozent verringert.

- die Abstimmung mit allen zuständigen Behörden erfolgt ist,

- mit der Maßnahme nicht begonnen worden ist und nicht vor Bewilligung der Zuwendung
begonnen wird,

- er für das beantragte Vorhaben nach § 15 Umsatzsteuergesetz

 vorsteuerabzugsberechtigt

 nicht vorsteuerabzugsberechtig ist \*)

- das die Folge- und Unterhaltungsausgaben durch:

 ………………………………………………………………………………………………………………
 getragen werden. Die notwendigen unterhaltungspflichtigen Maßnahmen für die Anlagen und
 Ausrüstungsgegenstände werden durchgeführt von:

 ………………………………………………………………………………………………………………

- das Vorhaben die Belange behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung
berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitgehend entspricht (gilt für Fördermaßnahmen nach der InvestSPNVFöRL M-V Nr. 2.1 c,d,e,g und h).

 Bei der Vorhabenplanung sind die zuständigen Behindertenbeauftragten oder

Behindertenbeiräte angehört worden.\*)

 Bei der Vorhabenplanung sind die entsprechenden Verbände im Sinne des § 5

 Behindertengleichstellungsgesetzes angehört worden.\*) (wenn eine Gebietskörperschaft

 nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte verfügt)

- abgesehen von einem Zuschuss nach der InvestSPNVFöRL M-V in Höhe von: .................%
der zuwendungsfähigen Ausgaben die übrige Finanzierung des Vorhabens gesichert ist.

8.2. Erklärungen zu subventionserheblichen Tatsachen

Der Antragsteller erklärt, dass ihm die an folgenden Stellen bezeichneten Tatsachen als subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches bekannt sind:

- in der Investiven Schienenpersonennahverkehrsförderrichtlinie die Nummern 2, 3, 4 und 5,

- im Antrag der Investiven Schienenpersonennahverkehrsförderrichtlinie (Anlage 1 der Richtlinie) die Nummern 2 (Finanzierungsplan), 3 (zuwendungsfähige Ausgaben), 4 (voraussichtlicher Jahresbedarf), 6 (Kontoverbindung) und 8.1 (Erklärungen des Antragstellers),

- in der Anlage Mittelabruf (Anlage 4 der Richtlinie) die Nummern 2 bis 7,

- in der Anlage Verwendungsnachweis (Anlage 7 der Richtlinie) die Nummern 2, 3 und 4 sowie

- die Tatsachen in dem Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung von Gegenständen (Anlage 8 der Richtlinie).

Für Leistungen nach Landesrecht, die Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind, gelten die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen die missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen -SubvG- vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) in seiner jeweils geltenden Fassung (Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern -SubvG M-V- vom 12. Juli 1995 (GVOBl. M-V S. 330).

Anmerkungen/Ergänzungen zu Nummer 8.1

..................................................................................................................................................

..................................................................................................................................................

..................................................................................................................................................

 Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird bestätigt.

 …………………………………….

 Rechtsverbindliche Unterschrift

 und Stempel/Siegel des Antragstellers

\_\_\_\_\_\_\_\_

\*) (Nichtzutreffendes bitte streichen)